

Der technologische Wandel verändere Machtverhältnisse und der Wohlstand werde nicht ausgewogen verteilt, was zu Konflikten führe, erklärt der Ökonom Wilfried Altzinger in einem Gespräch mit Future. Von **Aaron Salzer**

Der Automat ist Teil des Alltags. Er dringt in immer mehr Lebensbereiche ein: Industrie 4.0 und vollautomatisierte Verkehrsmittel, wie die geplante U5 in Wien oder selbstfahrende Autos.

Einerseits entstehen durch die Digitalisierung neue Produkte, was Menschen zugute kommen kann. Andererseits können Menschen dadurch aber auch ihren Arbeitsplatz verlieren. Wird menschliche Arbeit



Gewinn-Verteilung bleibt zentrales Problem der Digitalisierung

irgendwann überflüssig? Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf den Wohlstand der Gesellschaft und die Finanzierung öffentlicher Güter? Schließlich wird in Österreich ein Großteil der öffentlichen Leistungen durch Steuern auf Einkommen aus Arbeit, die Mehrwertsteuer sowie Sozialversicherungsbeiträge finanziert. Auf diese Fragen gibt Wilfried Altzinger, Leiter des Instituts „Economics of Inequality“ an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), eine Antwort.

VERTEILUNGSPROBLEM

Prognosen sagen unterschiedliche Auswirkungen der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz auf die Arbeitslosigkeit voraus. Nach Carl

Frey und Michael Osborne von der Universität Oxford seien 47 Prozent der US-amerikanischen Arbeitsplätze in naher Zukunft gefährdet. Dazu sagt Altzinger: „Das halte ich jedoch für eine grenzenlose Übertreibung“. Zwar übernehmen Roboter direkt Arbeitsplätze, von Lieferdiensten bis hin zu Tätigkeiten in der Pflege, was als Substitutionseffekt bezeichnet werde. Aufgrund von Produkt- und Prozessinnovationen entstünden jedoch auch neue Arbeitsplätze (Kompensationseffekte). Das Nettoergebnis dieser beiden Effekte sei nur schwer in Zahlen zu fassen.

Die Studienergebnisse seien nicht eindeutig. Altzinger sieht „trotzdem derzeit keine dramatische Entwicklung, dass Substitutionseffekte sehr

viel stärker sein würden als Kompensationseffekte.“ Ein zentrales Problem sei allerdings die Verteilung der Produktivitätsgewinne. „Eine verstärkte Kapitalintensität der Produktion sowie steigende Arbeitslosigkeit haben die Verhandlungsmacht zugunsten des Faktors Kapital gegenüber Arbeit sehr verschoben.“ Das führe zu einer größeren Ungleichverteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen, zu welcher noch eine zweite hinzukomme: die Polarisierung zwischen Einkommen aus hoch- und niedrigqualifizierten Tätigkeiten. Diese gehe zu Lasten letzterer, während hochqualifizierte Tätigkeiten durch den technologischen Wandel mehr nachgefragt würden.

Die Globalisierung verschärfe diese Entwicklung und spiele multinatio-



Ökonom Wilfried Altzinger stellte sich den Fragen der Future-Redaktion

Foto: Moritz Ziegler / WZ

nenalen Unternehmen (MNU) wie Apple, Google, Amazon oder Microsoft in die Hände, meint Altzinger. Die OECD sehe als ein zentrales Problem, dass die Digitalisierung der globalen Ökonomie viele Möglichkeiten zur Gewinnverschiebung schaffe, womit sich die Steuerlast für Unternehmen minimiere. Sie schätze, dass dadurch das Körperschaftsteueraufkommen um vier bis zehn Prozent verringert werde. Kleinere und mittlere Unternehmen verfügten über diese steuerlichen ‚Gestaltungsspielräume‘ nicht und hätten auch dadurch Wettbewerbsnachteile.

„Insgesamt nimmt die Verhandlungsposition der MNU zu: sowohl gegenüber den Arbeitnehmern bei den Lohnverhandlungen, aber auch gegenüber den Klein- und Mittelun-

ternehmen (KMU), welche in eine größere Abhängigkeit von MNU gedrängt werden; was vielleicht aber noch wichtiger ist, auch gegenüber Nationalstaaten, die mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen haben“, sagt Altzinger. Letztlich bewirke das eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Staat, MNU, KMU und Arbeitnehmern, sehr zum Vorteil der globalen Unternehmen, wie das der österreichische Ökonom Kurt W. Rothschild in „New Worlds – New Approaches: A Note on Future Research Strategies“ darstelle.

„Solange es nicht auf nationaler wie globaler Ebene wirksame Maßnahmen gibt, die diese Unternehmen regulieren, führt das nicht zu einer allgemeinen Wohlstandssteigerung, sondern vor allem zu hohen Erträgen

für MNU“, sagt Altzinger. Weltweit entfielen 80% aller Gewinne auf nur 10% aller Unternehmen, wie das laut dem Economist-Artikel ‚The rise of the superstars‘ von Adrian Wooldridge das McKinsey Global Institute berechnet habe, so Altzinger: „Die Löhne hingegen stagnieren. Es liegt auf der Hand, dass dadurch soziale und politische Konflikte vorprogrammiert sind.“

FINANZIERUNG DES GEMEINWOHLS

Wenn Staaten niedrigere Steuereinnahmen aus Unternehmensgewinnen zu erwarten hätten, müssten sich diese mehr über Löhne finanzieren. Daher müsse durch eine stärkere internationale Kooperation eine effektivere Besteuerung der MNU durchgesetzt werden, sagt Altzinger. Vorschläge zur Einschränkung der Steuervermeidung großer Unternehmen gebe es – zum Beispiel von der OECD oder der EU-Kommission: wie etwa die Verpflichtung der MNU zur Offenlegung ihrer länderweisen Steuerzahlungen, der Informationsaustausch über Steuervorbescheide, gezieltes Monitoring und verstärkte Transparenz.

Auf lange Sicht gehe es aber auch um die Frage: „Who owns the robots?“, wie sie die Ökonomin Laura Tyson, die ehemalige Beraterin von Bill Clinton, formuliert habe. „Was, wenn in Zukunft Roboter alles erzeugen? Wer erhält die Erträge? Bestimmen dann nur mehr private Kapitalbesitzer? Oder haben demokratisch gewählte Regierungen ein Mitspracherecht? Schließlich finanziert der Staat auch die Infrastruktur, wie u. a. Bildungseinrichtungen u. a., von denen diese Unternehmen profitieren. Es geht dabei nicht um Enteignung. Die Frage der Mitbestimmung der öffentlichen Hand, wie sie Tyson anspricht, ist aber sehr berechtigt – wenn auch schwierig. Auf jeden Fall eine Frage, die noch sehr viel stärker diskutiert werden muss“, sagt Altzinger.

Zur Person

Wilfried Altzinger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Leiter des Forschungsinstituts „Economics of Inequality“ sowie Generalsekretär der Nationalökonomischen Gesellschaft Österreichs.